

## Flughafen Wien-Schwechat

# 1200 Einwendungen gegen 3. Piste



Der Ausbau des Flughafens Wien-Schwechat beschäftigt Tausende Flugrouten-Anrainer in Wien und NÖ. 14 Bürgerinitiativen beantragen im UVP-Verfahren Parteienstellung

Die Einspruchsfrist gegen das Großprojekt ist abgelaufen. 14 Bürgerinitiativen und 10 Gemeinden gaben Stellungnahmen ab.

VON BERNHARD ICHNER

Die Einspruchsfrist gegen die geplante dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat ist abgelaufen. Seit Mittwochvormittag steht das vorläufige Ergebnis fest – der KURIER berichtete in Teilen seiner gestrigen Ausgabe: Beim Amt der nö. Landesregierung sind rund 1200 Einwendungen gegen das umstrittene Bauprojekt eingelangt.

Laut Johannes Scheuringer von der Abteilung für Umweltrecht (RU4) haben zehn Umlandgemeinden (darunter Wien), zwei Umweltorganisationen sowie 14 Bürgerinitiativen (BI) aus Wien und NÖ Stellungnahmen abgegeben – zum Beispiel die Antifluglärmgemeinschaft (AFLG), die „ARGE gegen Fluglärm“, die „Plattform gegen die 3. Piste“, die „BI Lärmschutz Laaerberg“ sowie die „BI gegen Fluglärm in Wien West“. Wie sehr das Thema Flughafen-Ausbau den Flugrouten-Anrainern unter den Nägeln brennt, zeigt die Anzahl der Unterstützungsunterschriften, die von den Bürgerinitiativen gesammelt wurden.

Die Beamten in St. Pölten zählten rund 6000 Stück. Inhaltlich ähneln sich die Stellungnahmen zum Teil sehr. Die Anrainer-Vertreter kritisieren die „gesundheitsgefährdende Belästigung der Menschen durch Fluglärm, insbesondere in der Nacht“, sie führen die Feinstaubbelastung und andere Luftschadstoffe gegen das Projekt ins Treffen oder stellen die Unbefangenheit

des Landes NÖ als UVP-Behörde infrage.

Besonders ambitioniert ging man seitens der „ARGE gegen Fluglärm“, die auch schon am Mediationsverfahren beteiligt war, an die Stellungnahme heran. „Wir wollen endlich mit dem Vorwurf aufräumen, die ARGE verzichte im UVP-Verfahren auf Rechtsmittel“, erklärt Obmann Alfred Höllriegl – der eine „optimale Nachtflugregelung“ und verbindliche Lärmschutzmaßnahmen fordert.

Auch mit Kritik an der Flughafen-Wien AG wird nicht gespart. Wie berichtet, behaupten die Grünen, die der UVE zugrunde liegenden Verkehrsprognosen seien zu niedrig angesetzt worden – was am Flughafen demontiert wird.

Juristin Susanne Heger von der „BI gegen Fluglärm in Wien-West“ meint in ihrer Stellungnahme, die prognostizierte Nachfrage nach den Leistungen des Airports werde durch Dumpingpreispolitik selber geschaffen und liege nicht im öffentlichen Interesse.



**„Wir fordern, dass eine optimale Nachtflugregelung festgelegt wird.“**

Alfred Höllriegl  
ARGE-Obmann

Dazu Flughafen-Sprecherin Brigitta Pongratz: „Wir liegen mit unseren Tarifen nur fünf Prozent unter dem europäischen Durchschnitt.“ Man wege sich zudem im rechtlichen Rahmen, „denn alle Tarife wurden vom Verkehrsministerium genehmigt“.

**INTERNET**  
www.noel.gv.at  
www.plattform-fluglaerm.at  
www.argesdialog.at  
www.dialogforum.at

